

Ernst Breit

## Der DGB stellt sich der Geschichte



*Ernst Breit, geb. 20.8.1924 in Rickelshof, Kreis Ditmarschen, war von 1982-1990 Vorsitzender des DGB, 1985 Präsident des Europäischen Gewerkschaftsbundes (EGB) und 1988 in dieser Position bestätigt.*

Am 2. Mai 1933 wurden die deutschen Freien Gewerkschaften zerschlagen. Nachdem die Nationalsozialisten den 1. Mai als „Feiertag der nationalen Arbeit“ inszeniert hatten, besetzten SA-Kommandos im ganzen Land die Gewerkschaftshäuser. Büros und Wohnungen wurden verwüstet. Gewerkschafter wurden verhaftet, verprügelt, verschleppt. Sie wurden verhört und gefoltert. In Duisburg hat der DGB all jener gedacht, die damals gelitten haben und umgekommen sind. In Duisburg haben die Nazis am 2. Mai 1933 ihren Haß und Terror gegen die Gewerkschaften grausam auf die Spitze getrieben: Ein SA- und SS-Trupp prügelten die Gewerkschaftsfunktionäre Julius Birck, Emil Rentmeister, Michael Rodenstock und Johann Schlösser in einem Kohlenkeller auf bestialische Weise mit Schaufelstielen zu Tode. Ihre Leichen wurden in einem Waldstück verscharrt und erst ein Jahr später zufällig entdeckt. Dieser und aller anderen Opfer eines menschenvernichtenden Systems gedenken wir in Hochachtung und Trauer.

### I.

Trauer und Bitterkeit befreien uns heute - 50 Jahre später - nicht von der Pflicht zu fragen, wie es dahin kommen konnte, daß Mord und Totschlag staatlich legitimiert wurden; wie es dazu kommen konnte, daß die deutsche Gewerkschaftsbewegung auf so demütigende Weise geschlagen wurde. Wir stellen uns diesen Fragen an die Geschichte und wir versuchen, ein bedrückendes Kapitel in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung zu rekapitulieren.

Dazu brauchen wir die Hilfe der Wissenschaft. Die erste wissenschaftliche Konferenz des DGB zu historischen Themen, 1979 in München, hat bewiesen,

wie fruchtbar diese konstruktive Zusammenarbeit sein kann, die wir auch zukünftig verfolgen wollen. Wir werden in der Zeit bis zu unserer Hundertjahrfeier im Jahre 1990 noch weitere Wegmarken setzen. Wir möchten bis dahin historische Forschung anregen, an eigenen Beiträgen soll es dabei nicht fehlen.

Die Geschichtswissenschaft stellt kein geschlossenes Lehrgebäude dar. Das ist gut so, denn *die* historische Wahrheit gibt es nicht. Dennoch erheben manche Anspruch darauf oder wollen eine bestimmte Version des Geschichtsverlaufs verbindlich machen. Zwei Wissenschaftler stellten kürzlich einem Aufsatz über die Politik der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik eine Einsicht voran, die ich sinngemäß zitieren möchte: Geschichtsschreibung sei immer auch Kampf um Interpretationsmacht, um hegemoniales Geschichtsbewußtsein - mit dem Ziel aktueller politischer Orientierung. Das war natürlich als Kritik an der konservativen Gegenseite gemeint; sollte es aber auch auf die Geschichtsschreibung der Gewerkschaften gemünzt sein, sei gesagt: Wir lassen uns - von keiner Seite - eine parteiliche Wahrheit von der Geschichte aufzwingen. Geschichte am Gängelband einer Weltanschauung - oder soll man Ideologie sagen? - lehnen wir ab. Verbindliche, ein für allemal festgelegte Geschichtsbilder sind Kennzeichen autoritären Denkens, welcher Prägung auch immer. Demokratische Geschichtsschreibung bedeutet Vielfalt der Themen und Methoden, freien Meinungsstreit, Wahrnehmung historischer Zusammenhänge ohne Schranken und ohne Scheuklappen und freie Verfügung über alle Quellen des Wissens. Nur so kann Geschichte dem Ziel der Aufklärung dienen, nur so kann man aus ihr lernen. Nur eine solche Geschichtsschreibung ist auch mit den Notwendigkeiten der Einheitsgewerkschaft vereinbar.

## II.

Es ist Aufgabe der Historiker, die geschichtlichen Daten, Fakten und Zusammenhänge aufzuklären, zu analysieren und zu bewerten. Ich möchte mich auf *Fragen* beschränken und, daraus abgeleitet, einige Sorgen formulieren, wie sie sich dem politisch Handelnden in diesen Zeiten aufdrängen.

Rückschauend gewinnt man den Eindruck, die 14 Jahre der Weimarer Republik seien durchweg geprägt gewesen von Instabilität und Schwäche vor allem des politischen Systems. Rasch wechselnde Regierungen - insgesamt 20 in diesen 14 Jahren -, fortgesetzte Reichstags- und Reichspräsidentenwahlen, Straßenkämpfe, politische Morde, Putschversuche fallen einem ein als äußere Merkmale dieser Zeit. Dabei war doch die Weimarer Reichsverfassung unbestreitbar eine der demokratischsten ihrer Epoche, boten das Wahlrecht und der Volksentscheid allen Bürgern die Beteiligungsmöglichkeiten eines parla-

mentarischen Systems, war die Teilung der Gewalten durchgesetzt und die parlamentarische Kontrolle der Regierung gewährleistet. Wo lagen also die Gründe für die politische Schwäche der ersten deutschen Republik? War die Last von Versailles so groß, daß sie nicht getragen werden konnte? War die Lage Deutschlands im Herzen Europas so problembeladen, daß ein verständnisvoller Ausgleich mit den Nachbarn politisch nicht zu erzielen war? War die Revolution von 1918/19 zu zaghaft gewesen, waren die Demokraten halbherzig und ängstlich ans Werk gegangen? Wenn ja, auf welchem Gebiet hätten sie weiter gehen sollen? Waren vielleicht die Bürger nicht mündig genug, um nach der Stickluft im Obrigkeitsstaat die Freiheit in einer Demokratie zu atmen? Oder lag es daran, daß maßgebliche gesellschaftliche Gruppen und deren Eliten nicht bereit waren, die langgewohnte Macht zu teilen und die Republik als Staatsform anzunehmen? Wenn man bedenkt, daß bereits 1920 die Reaktionäre um Kapp und Lüttwitz zum Sturm auf die Demokratie ansetzten, scheint diese letzte Frage gegenüber den anderen das größere Gewicht zu haben. Es waren die Gewerkschaften, die 1920 auf dem Höhepunkt ihrer Kraft unter Carl Legien der Republik das Überleben gegen diesen frühen reaktionären Ansturm sicherten.

Ein oft gehörtes Wort besagt, die Weimarer Republik sei eine Republik ohne Republikaner gewesen. In dieser unscharfen Beurteilung vermißt man einen Fingerzeig darauf, wer denn die wenigen Republikaner waren und in welchen Lagern die Gegner der Republik sich sammelten? Ich vermute, bei einer Antwort auf diese Frage wird sich schnell herausstellen: Die Gegner der Weimarer Republik sind auch Gegner der Gewerkschaften gewesen - sei es, weil sie gegen einen angeblichen Gewerkschaftsstaat zu Felde zogen, oder sei es, weil sie in jedem Funktionär einen Bonzen sahen.

Es ist unverständlich, wie man auf die Idee kommen konnte, der Einfluß der Gewerkschaften auf Staat, Wirtschaft und Gesellschaft sei so groß gewesen, daß man ihn hätte beschneiden müssen. Brachte etwa das Betriebsrätegesetz von 1920 wirklich eine gravierende Beeinträchtigung unternehmerischer Entscheidungsmöglichkeiten? Doch wohl nicht. Gab etwa das staatliche Schlichtungswesen für Tarif auseinandersetzungen den Gewerkschaften ein Übergewicht? Doch wohl kaum. Waren etwa der 8-Stunden-Tag und die Arbeitslosenversicherung ökonomisch untragbare Entscheidungen und Einrichtungen? Und hat es nicht schon vor 1930 eine dauernde hohe Sockelarbeitslosigkeit gegeben, die den Handlungsspielraum der Gewerkschaften ohnehin begrenzte? Ich kann als Gewerkschafter von heute nichts anderes erkennen, als daß die Gewerkschaften von damals demokratisch, vernünftig und kompromißbereit gewesen sind. Es sind vielmehr die Gegner der Gewerkschaften gewesen, die den sozialpolitischen Grundkonsens - wenn sie ihn überhaupt je

mitgetragen hatten - haben fallen lassen. Was war der „Ruhreisenstreit“ von 1928/29, der ja vor dem Beginn der großen Krise geführt wurde und zeitweise 250000 Arbeiter an der Ruhr aussperrte, was war diese Aussperrungsorgie anderes als Klassenkampf von oben, Kampf der Schwerindustrie gegen die Gewerkschaften, gegen den Staat, gegen einen wesentlichen sozialpolitischen Grundpfeiler der Republik, das Schlichtungswesen?

Emil Kirdorf, einer der ganz großen Zechenherren im Ruhrrevier, hat 1929 geschrieben, die von den Gewerkschaften angestrebte Wirtschaftsdemokratie werde den „Untergang des Deutschtums vollenden“. Wir wissen inzwischen, daß dieser Untergang schließlich von Menschen seines Schlages herbeigeführt worden ist. Unsere heutige Forderung nach Mitbestimmung ist also nicht nur eine Frage des Einflusses zum Wohle der Arbeitnehmer, den wir natürlich auch wollen, sie ist auch eine Frage der politischen Moral und der historischen Schuld. Das war 1945 allen klar, aber sechs Jahre später mußten die Gewerkschaften schon wieder darum kämpfen, daß diese Einsicht praktische Politik wurde. Darin sehe ich eine wesentliche Funktion der Geschichtswissenschaft: Sie soll interessenbezogene Veränderungen aufdecken, soll Ideologie entlarven und so dem Gedanken des demokratischen Ausgleichs eine historische Perspektive verleihen.

### III.

Es ist den Gewerkschaften nicht nur von konservativer Seite vorgeworfen worden, sie hätten einen Anteil am Einstieg der Weimarer Republik in ihre Endkrise. Dadurch, daß der ADGB sich 1930 geweigert habe, einer halbpro-zentigen Erhöhung des Beitrags zur Arbeitslosenversicherung zuzustimmen, sei die letzte parlamentarische Regierung, die des Sozialdemokraten Hermann Müller, zur Aufgabe gezwungen worden. Stimmt das eigentlich so? Es ist schon erstaunlich, wie es immer wieder gelingt, alles Augenmerk auf den Tropfen zu lenken, der das Faß zum Überlaufen bringt, um dadurch die Frage zu verdrängen, wer denn vorher dieses Faß bis an den Rand gefüllt hat. Waren es also wirklich die Gewerkschaften, die den Reichskanzler Hermann Müller haben scheitern lassen, oder waren es die bürgerlichen Parteien, die ihn, nachdem außenpolitisch etwas Luft geschaffen war, nicht mehr zu brauchen glaubten und aus der Regierung drängten?

Die schwere Weltwirtschaftskrise wird von allen, die den Untergang der Weimarer Republik zu klären versuchen, als auslösender, ja als ursächlicher Faktor in den Mittelpunkt gestellt. Ich frage dennoch: War dieser Teil der Entwicklung, die in den Nationalsozialismus führte, zwangsläufig? Andere Staaten haben damals gewankt, die westlichen Demokratien waren vielleicht er-

schüttert, aber sie haben überlebt. Warum hat nur in Deutschland die Krise solche schrecklichen langfristigen Folgen gehabt? Oder sind es doch die Ursachen im politischen und sozialen, im sozialpsychologischen Bereich, die für den Aufstieg des Nationalsozialismus ausschlaggebend waren?

Ich glaube, das Ausmaß der Weltwirtschaftskrise von damals ist in ihren bedrückenden Auswirkungen auf das Leben der Menschen heute für viele kaum noch vorstellbar. Elend, Hunger und Not waren die direkten Folgen von Arbeitslosigkeit. Verzweiflung und Hoffnungslosigkeit trieben die Menschen in Situationen und Verhaltensweisen, die schließlich politisch gefährlich waren und den Sprengsatz formten, der die Republik zerfallen ließ. Für die Aktionsmöglichkeiten der Betriebsräte und Gewerkschaften war die Lage auf dem Arbeitsmarkt - wenn man dieses Wort dafür überhaupt noch verwenden kann - eine entscheidende. Wir wissen ja aus der vergleichsweise nicht ganz so schlimmen Situation heute, wie eingengt der Aktionsraum zum Beispiel von Betriebsräten ist, die in Regionen mit mehr als 12 Prozent Arbeitslosigkeit die Interessen ihrer Kollegen *mit* und derer *ohne* Arbeit vertreten wollen. Wenn in einer entscheidenden Phase der Weimarer Republik, im Sommer 1932, zwei Drittel der Gewerkschaftsmitglieder von Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit betroffen waren, ist unschwer zu bestimmen, was die Gewerkschaften noch konnten und was nicht.

Die vom ADGB beschlossenen und vorgeschlagenen Maßnahmen zur Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und der Krise sind in den dreißiger Jahren von den Regierungen und den Unternehmern nicht gehört worden. Sie boten eine Alternative zu der damals verfolgten Wirtschafts- und Finanzpolitik. Sie sahen zum Beispiel die Verkürzung der Arbeitszeit und staatliche Arbeitsbeschaffung vor. Das ist auch heute wieder gewerkschaftliches Programm, und es muß — anders als damals — in die Tat umgesetzt werden, wenn den betroffenen und gefährdeten Menschen geholfen werden und diese Gesellschaft intakt bleiben soll.

#### IV.

Die Gewerkschaften sind der festen Überzeugung, daß es sich lohnt und daß es notwendig ist, für den Erhalt des demokratischen, freiheitlichen Rechts- und Sozialstaats alles zu tun - das verbindet uns mit unseren Vorläuferorganisationen der Weimarer Republik. Sie standen in den beginnenden dreißiger Jahren zusammen mit der Sozialdemokratischen Partei und Teilen des Zentrums fast allein, wenn es um die Verteidigung der Republik ging. Rechts und links war man längst zu neuen Ufern unterwegs - zum Ständestaat, zur Diktatur, zum „Dritten Reich“ oder, wie die Kommunisten, zu einer unmittelbar bevorstehenden „Revolution“ - was sie allen Ernstes behaupteten. Und als wichtigstes Hilfsmittel für diese „Revolution“ galt ihnen der Kampf gegen Sozialdemokraten und „reformistische“ Gewerkschafter - - von ihnen „Sozialfaschisten“ genannt - die auf der Liste ihrer unnachgiebig zu bekämpfenden Feinde an erster Stelle plaziert waren - vor den Nazis. Diese verheerende Politik der Kommunistischen Partei hat die Gewerkschaftsbewegung, hat die Republik zusätzlich geschwächt.

Entscheidender war, daß große und einflußreiche Teile der deutschen Unternehmerschaft spätestens ab 1927/28 nicht mehr bereit waren, den sozialen Ausgleich auch in der zugespitzten Wirtschaftskrise als notwendiges Grundprinzip eines demokratischen und freien Staatswesens anzuerkennen und anzustreben. Ich habe bei der Gedenkfeier des DGB am 30. Januar 1983 in Mülheim den Unternehmern und ihren Verbänden geraten, sich mit Rolle und Politik ihrer Vorgänger vor 50 Jahren ebenso selbstkritisch und konstruktiv auseinanderzusetzen, wie wir es mit unserer Vergangenheit tun. Ich bin deswegen von der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände öffentlich als „Geschichtsfälscher“ gescholten worden.

Ich will gewiß keine Parallele zur Weimarer Republik konstruieren, aber in gewissen Kreisen scheint wieder damit geliebäugelt zu werden, in einer Krisenlage sozialstaatliche

Kernbestände aufzugeben. Gewerkschafts- und Mitbestimmungsrechte abzubauen, die Gewerkschaften insgesamt, z.B. durch eine Tarifpolitik der Konfrontation, zu schwächen.

Ich wiederhole dazu das, was ich am 30. Januar in Mülheim gesagt habe: Wer die Arbeitnehmer und ihre Gewerkschaften in die Knie zwingen will, stört den sozialen Frieden. Wo der soziale Friede gestört ist, ist schließlich auch die Demokratie in Gefahr. Die Gewerkschaften wollen eine sozial gerechte Lösung der Krise. Deshalb fordere ich die Arbeitgeber und ihre Verbände noch einmal nachdrücklich auf: Werden Sie Ihrer sozialen Verantwortung gerecht! Verhandeln Sie über Arbeitszeitverkürzung, über Mitbestimmung, über Rationalisierungsschutz und Humanisierung! Tabus sind dazu da, gebrochen zu werden! Werfen Sie also Ihren fatalen Tabu-Katalog über Bord! Erarbeiten Sie mit uns weitsichtige und tragfähige Lösungen, die Menschen wieder in Arbeit bringen, mit denen die vorhandene Arbeit besser verteilt werden kann, die eindeutig beweisen, daß auch in schwierigen Zeiten eine soziale gerechte Politik möglich ist.

Ich bin sicher: Sollte uns die gegenwärtige Krise allmählich wieder zurückführen zum wirtschafts- und sozialpolitischen „Rette sich wer kann“, zur Schonung und Subventionierung der Starken und zum Abkassieren bei den Schwa-

chen. dann wird die Gefahr von schwerwiegenden politisch-gesellschaftlichen Begleiterscheinungen ganz groß.

Haß, Brutalität, nackte Gewalt- das waren die Kennzeichen nationalsozialistischer Politik, die in den hoffnungslosen und verzweifelten frühen dreißiger Jahren viele Menschen von ihrer alltäglichen Not. von der Gefahr des sozialen Abstiegs, von Existenzangst ablenkte und ihnen Besserung versprach auf Kosten der angeblich Schuldigen an der Misere: Bolschewisten und Bonzen, Arbeitsscheue und Verbrecher, Zigeuner und Behinderte, schließlich und vor allem: Juden.

Viele derer, die hart betroffen waren von Arbeitslosigkeit oder Einkommenskürzungen und viele derer, denen das drohte, insbesondere aus der gewachsenen Zahl der Angestellten, zogen diese nationalsozialistischen Erklärungen ganz offenbar den gewerkschaftlichen Analysen und Rezepten vor. Wenn auch der Kern der organisierten Arbeiterschaft gegen den Nationalsozialismus immun war und blieb, so haben wohl gewerkschaftlich schwächer oder gar nicht gebundene Arbeitnehmer, insbesondere Angestellte, zu den Wahlerfolgen der Nazis beigetragen. Wenn ich diese Vermutung ausspreche, dann schlage ich mich nicht auf die Seite derer, die uns, zugespitzt formuliert, weismachen wollen, die Gewerkschaften hätten zuerst die Weimarer Republik kaputtgemacht, und dann hätten die Arbeiter die Nazis an die Macht gewählt. Das ist eine perfide Art der Vergangenheitsbewältigung: Denen die Schuld am Sieg des Nationalsozialismus zuschieben zu wollen, die alle seine Lasten getragen haben, als einfache Leute, Soldaten, als Verfolgte, als Widerstandskämpfer. Wir halten uns weiterhin an die Tatsachen: Es waren die Gegner des Sozialstaats, die Verächter der Demokratie, die Freunde des starken Staats und die Befürworter ungehemmter Kapitalmehrung, die die Schuld am Ende der ersten deutschen Republik und am Sieg des deutschen Faschismus auf sich geladen haben!

## V.

Der Hinweis auf die mangelnde gewerkschaftliche Bindung vieler Angestellter, ihrer und anderer Arbeitnehmer Bereitschaft, es „mit den Nazis zu versuchen“, „Hitler eine Chance zu geben“ führt zu einem weiteren zentralen Thema: der Rolle und der Politik der Gewerkschaften am Ende der Weimarer Republik und in den Monaten vom Februar bis zum Mai 1933. Ich denke dabei nicht an die gelegentlich als wissenschaftliche Ergebnisse oder Analysen hingestellten Kampfparolen vom „Verrat“ der „reformistischen Führer“ an den kampfbereiten Massen oder vom durchgängigen „Versagen“ der Gewerkschaftspolitik. Das ideologisch-moralische Scharfrichtertum aus bequemer hi-

storischer Distanz mag sich mit den Schablonen eines vorfabrizierten Geschichtsbildes decken, zur Klärung komplizierter politischer Zusammenhänge trägt es ebensowenig bei wie zum angestrebten Lernen aus der Geschichte. Allerdings wird durchaus von Schwächen und von Fehlern die Rede sein müssen und davon, ob sie vermeidbar gewesen wären, ob es - eine für den Historiker sicher problematische Fragestellung - Alternativen gegeben hätte.

Auch dazu seien einige Fragen formuliert: Waren die Gewerkschaften programmatisch gut genug gerüstet, waren sie hinreichend auf die Krise eingerichtet? Kam zum Beispiel das moderne und richtungweisende Arbeitsbeschaffungsprogramm des ADGB zu spät? Das führt zu der weiteren Frage nach dem Verhältnis zwischen Gewerkschaften und Mitgliedern: Ist diese lebensnotwendige Verbindung intakt und funktionstüchtig gehalten worden, oder ist es den Gewerkschaftsgegnern gelungen, Keile ebenso zwischen Führung und Basis wie zwischen verschiedene Arbeitnehmergruppen oder zwischen Arbeitende und Arbeitslose zu treiben? Damit zusammen hängt schließlich die Frage nach der zeitgemäßen Organisationsform: Hätte die Trennung zwischen den Richtungsgewerkschaften und zwischen den Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenorganisationen überwunden werden können?

Nicht zu vergessen schließlich die politischen Zusammenhänge: Gab es für die Gewerkschaften, wenn man die Nazis von der Regierung fernhalten wollte, eine Alternative zum Stillhalten gegenüber der sozialdemokratischen „Tolerierung“ der Politik Brüning, die durch Sozialabbau und Lohnsenkungen gekennzeichnet war? Wären außerparlamentarische Aktionen bis hin zum Generalstreik und bewaffneter Aufstand zu irgendeinem Zeitpunkt, sei es beim Staatsstreich Papens im Juli 1932 oder nach der „Machtergreifung“, aussichtsreich und - was wichtiger ist - verantwortbar gewesen? Und hätte - wenn man die gewerkschaftlichen Handlungsmöglichkeiten im Zeichen von schließlich mehr als sechs Millionen Arbeitslosen gering veranschlagt - eine Zusammenarbeit mit Arbeitgebern, etwa nach dem Muster der „Zentralarbeitsgemeinschaft“, einen Ausweg geboten? Oder die von Reichskanzler Schleicher ins Auge gefaßte „Querfront“ mit Reichswehr, Strasser-Flügel der NSDAP und Gewerkschaften? Ich will ganz offen sagen: Wenn man alle diese Fragen stellt und sie dem Nachdenken über *die* Handlungsalternative zugrundelegt, dann scheint jedenfalls mir, daß die Spielräume für die Gewerkschaften von 1930 bis 1932 letztlich doch äußerst begrenzt gewesen sind.

## VI.

Die Wochen zwischen der sogenannten Machtergreifung und der Zerschlagung der Freien Gewerkschaften am 2. Mai 1933 sind wohl die heikelsten in un-

serer Geschichte. In dieser Zeit, in der sich das Schicksal der Freien Gewerkschaften bereits abzeichnete, versuchte die ADGB-Führung unter Theodor Leipart, die Organisation zu retten. Sie ging dabei bis an die Grenzen gewerkschaftlicher Prinzipien. Sie tat es sicherlich vor allem in der festen Überzeugung, daß ein hochindustrialisierter Staat, auch wenn er faschistisch regiert sei, nicht ohne funktionsfähige Gewerkschaften auskomme und mit der Perspektive, daß die Nationalsozialisten es „nicht lange machen würden“. Am Ende dieses gewerkschaftlichen Kurses stand der Aufruf, an den nationalsozialistischen „Maifeiern“ teilzunehmen. Mir liegt es fern, diese Politik nach 50 Jahren zu richten und über die, die sie zu verantworten hatten, den Stab zu brechen. Aber ich halte es für möglich, daß in diesen Monaten Fehler gemacht wurden, die insbesondere darauf zurückzuführen sind, daß falsche historische Parallelen gezogen wurden. Viele Gewerkschafter erinnerten sich an die Bismarck-schen Verfolgungen unter dem Sozialistengesetz, aus denen Sozialdemokratie und Gewerkschaften ja alles in allem gestärkt hervorgegangen waren. Und selbst nach den ersten terroristischen Übergriffen der Nazis konnte oder wollte man sich ihre grauenhafte Konsequenz nicht vorstellen. Für sie gab es keine historische Parallele.

## VII.

Der Vergleich zwischen den Krisenjahren der Weimarer Republik und der heutigen Zeit wird immer wieder gezogen, meist mit dem - wie ich nach wie vor meine - zutreffenden Ergebnis, daß Bonn nicht Weimar ist. Die zweite deutsche Demokratie ruht auf wesentlich festeren Fundamenten. Die emotionalisierende Belastung des Vertrages von Versailles fehlt ebenso wie die verbreitete Ablehnung von Republik und Parlamentarismus. Und trotz bedenklicher und bedrohlicher Zunahme von Ausländerfeindlichkeit und gewissen neonazistischen Tendenzen wäre es abwegig, einen drohenden Faschismus an die Wand zu malen. Allerdings weist die heutige Situation Züge auf, wie wir sie aus der Weimarer Zeit kennen. Ich nenne dazu nur Stichworte: vor allem strukturell bedingte Massenarbeitslosigkeit; tiefgreifende Folgen von Rationalisierungen; Einschnitte in das Netz der sozialen Sicherung; Versuche, gewerkschaftliche Handlungsspielräume einzuschränken; eine in manchen Fragen uneinsichtige Unternehmerpolitik und auch Tendenzen zur Verstärkung von Rüstung.

Die Gewerkschaften stehen - aus Tradition und Prinzip - gegen unsozialistische, unsoziale, ungerechte Spielarten von Krisenbeseitigung. Wir brauchen eine Krisenlösung, die alle Gruppen und Kräfte der Gesellschaft je nach ihren Möglichkeiten heranzieht, die Substanz und Sinn der auf Solidarität aufgebauten Sozialversicherungssysteme wiederherstellt und wahrt, die sich Wort und Geist der Verfassung unseres Sozial- und Rechtsstaates verpflichtet fühlt.

Für all diese Aufgaben kommt der am 6. März von einer deutlichen Mehrheit der Bürger gewählten Bundesregierung die maßgebliche und entscheidende Verantwortung zu. Ihr ist die schwere Pflicht auferlegt, die Krise mit Taten so zu bewältigen, daß der soziale Konsens, der die Republik seit 1949 im Kern stabil gehalten hat, gewahrt bleibt. Tut sie das, kann sie der Unterstützung der Gewerkschaften gewiß sein. Bleibt es aber nur beim Hoffen auf den Aufschwung, während sich tatsächlich die Arbeitslosenzahlen in immer größere Höhen aufschwingen; bleibt es bei der Beschwörung von sozialer Gerechtigkeit, während gleichzeitig Arbeitnehmer, Arbeitslose, Rentner und Sozialhilfeempfänger immer höher belastet werden; bleibt es beim ständigen Beschwören der Mitverantwortung der Arbeitnehmer, während gleichzeitig in Wirklichkeit nichts getan wird, um die gleichberechtigte Mitbestimmung zu erhalten und zu erweitern; bleibt es also bei diesem Auseinanderklaffen von Wort und Tat, dann sind und bleiben die Gewerkschaften herausgefordert.

Vor 50 Jahren mußte die Gewerkschaftsbewegung eine schlimme Lektion hinnehmen: Ihr, die bis zu einem bitteren Ende Garant der Demokratie war, wurden die Mittel zur Verteidigung der Demokratie aus der Hand geschlagen. Alles, was die Gewerkschaften in Jahrzehnten der Mühen und des Kampfes bis dahin erreicht hatten -für die Position des Arbeitnehmers wie für die Rolle der Arbeiterschaft in Gesellschaft und Staat -. alles das war im Grunde am 2. Mai 1933 mit einem Schlag dahin.

Nach zwölf Jahren der Rechtlosigkeit, der Unterdrückung und der Verfolgung haben die Gründer der Einheitsgewerkschaft ein tragfähiges Fundament gelegt, auf dem in den vergangenen 35 Jahren viel aufgebaut worden ist. Die Gewerkschaften haben eine von Verantwortung für Demokratie und Wirtschaft geprägte Politik betrieben; das gilt auch für die Zukunft. Für die Arbeitnehmer ist eine im geschichtlichen Vergleich wohl einzigartige gesellschaftliche und über lange Strecken auch ökonomische und soziale Sicherheit erreicht worden. Dies alles wiederum war eine der zentralen Voraussetzungen für die unvergleichbare Stabilität von Staat und Gesellschaft. Wir wissen, was auf dem Spiel steht, wenn an dieser Voraussetzung gerüttelt wird und wir wissen, wie kurz dann der Weg in den Abgrund sein kann. Die Gewerkschaften werden sich auf diesen Weg nicht ein zweites Mal zwingen lassen!